

Für eine neue Medienpolitik

In den letzten Jahren wurden die Redaktionen zusehends ausgedünnt und viele Medientitel gehören immer weniger Grossverlagen. Die Medienlandschaft befindet sich mittlerweile in einer langanhaltenden Finanzierungs- und Krisenphase, die Erlöse aus der Werbung wandern ins Internet ab und werden von den meist US-amerikanischen Big Tech-Firmen abgesogen, die Einnahmen aus den Rubriken-Inseraten werden nicht mehr in den Journalismus investiert, die politischen Angriffe auf den medialen Service public und auf die Presse- und Medienfreiheit nehmen zu. Das Resultat: innert 10 Jahren wurden mehr als 10% des redaktionellen Personals abgebaut, die Redaktionen müssen mit einer ausgedünnten Personaldecke den Wandel zur zunehmenden digitalen Mediennutzung stemmen, die Arbeitsbedingungen der Berufseinsteiger:innen und der Freischaffenden wurden deutlich verschlechtert. Parallel zu diesem Marktversagen ist eine Flutung der sozialen Medien mit Falsch- und gezielten Missinformationen im Gange.

Die sogenannte Halbierungsinitiative aus SVP-Kreisen ist ein erneuter Frontalangriff gegen die SRF. Bereits 2018 hatten dieselben Kreise mit der NoBillag-Initiative es probiert. Die Initiative wurde vom Stimmvolk mit über 72% glücklicherweise abgeschmettert. Nun kommt ein erneuter Anlauf in neuem Mäntelchen, aber mit gleichem Ziel. Diesmal hat die Initiative bereits negative Vorwirkungen: Unter Umgehung der demokratischen Diskussionen hat der ursprüngliche Mitinitiant und heutige SVP-Bundesrat Albert Rösti die Radio- und Fernsehgebühr auf dem Verordnungsweg reduziert. Das wird bei der SRG zu einem einschneidenden weiteren Abbau von hunderten von Stellen und zur Absetzung von publikumsstarken Sendungen führen – das heisst zu weniger Service public.

Diese Entwicklungen bei den privaten Medien und bei der SRG haben drastische Auswirkungen auf die Versorgung der Öffentlichkeit mit journalistisch verlässlichen Informationsleistungen. Sie führen zu verheerenden Schäden an der Demokratie und schaffen das Terrain für autoritäre Tendenzen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Darum ist dringend eine neue, zielgerichtete Medien- und Journalismusfinanzierung notwendig.

Gewerkschaftliche Forderungen für eine neue Medienpolitik

1. Kampf gegen die Halbierungsinitiative und für mehr medialen Service public

Als Gewerkschaft der Berufstätigen in allen Medienberufen und als Gewerkschaft des Service public bekämpft syndicom die Halbierungsinitiative und setzt sich für mehr medialen Service public ein.

2. Stärkung der Medienqualität

syndicom fordert die schnelle Umsetzung der parlamentarischen Initiative Chassot, um die Institutionen und Brancheninitiativen zu unterstützen, welche die Medienqualität anheben: die journalistische Aus- und Weiterbildung durch anerkannte Anbietende, zu denen alle Branchenverbände Zugang haben (zB MAZ, Corso), die Medienethik (Stiftung Presserat), die Grundversorgung durch dreisprachige Nachrichtenagenturen mit geprüften Nachrichten (SDA); zudem die Recherche- und Reportagen-Förderung (JournaFonds).

3. Durchsetzung des Urheberrechts der Medienschaffenden und der Kreativen gegenüber der Abkupperung durch KI-Plattformen und gegen Buy-out der Freischaffenden durch die Verlage.

4. Kantonale und kommunale Lokalmedienfinanzierung

Insbesondere in Regionen, in denen durch Sparmassnahmen die mediale Berichterstattung stark eingeschränkt und der Lokaljournalismus ausgedünnt und zentralisiert wurde, sind die Kantone und die Städte gefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um gezielt kleine, regionale Anbieter zu stärken.

5. Förderung der Gemeinnützigkeit im Journalismus

Um eine grössere finanzielle Unabhängigkeit und geringeren wirtschaftlichen Druck zu erreichen, soll ähnlich wie bei den nichtkommerziellen Radios (sog. Unikom-Radios wie Radio Lora und Radio Rabe) eine Förderung gemeinnütziger Strukturen im Journalismus mittels gezielter Anreize z.B. bezüglich der Steuern auch für Onlinemedien eingeführt werden.

6. Regulierung von KI-Plattformen und verbindliche Standards beim Einsatz von generativer Künstlicher Intelligenz (KI) in den Medien

Zum Schutz der Integrität journalistischer Inhalte und zur Sicherung der Arbeitsplätze ist eine griffige KI-Regulierung notwendig. Bei einer Nutzung von journalistischen Inhalten durch KI-Plattformen müssen die Medienschaffenden angemessen vergütet werden. Gleichzeitig ist der Einsatz von KI-Systemen in der Berichterstattung und bei der Content-Erstellung daran, die Medienbranche massiv zu verändern. Verbindliche, branchenweite Standards müssen sicherstellen, dass KI-Anwendungen ethischen Standards entsprechen und ihre Nutzung transparent gestaltet wird, um den journalistischen Qualitätsanspruch zu wahren.

7. Vektorneutrale Finanzierung

Mittelfristig benötigt die Medienlandschaft eine kanalunabhängige Finanzierung, die alle Medienformen umfasst: Print, TV, Radio und insbesondere Online-Medien. Die digitalen journalistischen Formate stehen bislang ohne finanzielle Unterstützung da, was die mediale Vielfalt zusätzlich gefährdet. Eine vektorneutrale Finanzierung soll gezielt auch den Lokaljournalismus sowie kleinere Redaktionen stärken und so zur Erhaltung eines pluralistischen Informationsangebots beitragen. Der Bundesrat muss diesen Um- und Ausbau unter Beizug aller Medienverbände und Gewerkschaften der Medienarbeitnehmenden zügig an die Hand nehmen.

8. Stärkung der Pressefreiheit

Angesichts der international um sich greifenden Aushöhlung der Pressefreiheit braucht es ein verstärktes Commitment und eine Aufwertung der Presse- bzw. Medienfreiheit. Denn der Trend ist im vermeintlich Kleinen auch in der Schweiz im Gange. So gilt es im nationalen Kontext, den rechtlichen Rahmen für die journalistische Arbeit zu verbessern, bzw. Hindernisse abzubauen: insbesondere mit dem Schutz vor missbräuchlichen Klagen, mit der Abschaffung der Strafandrohung bei Recherchen über Banken, mit der Durchsetzung des Öffentlichkeitsprinzips der Verwaltung auf allen Staatsebenen, mit dem verbesserten Schutz von Whistleblowern.

Voraussetzungen für die öffentliche Medienfinanzierung:

- a. Nur Medienunternehmen, welche sich einem GAV mit allen (derzeit drei) relevanten Gewerkschaften anschliessen, erhalten öffentliche Finanzen.

Damit werden die Arbeitsbedingungen aller Medienschaffenden abgesichert und deren unabhängige Qualitätsarbeit gestärkt: Mit angemessenen Mindestlöhnen für Festangestellte und für Stagiai-

res, Volontär:innen und Praktikant:innen sowie mit Mindesthonoraren, welche die professionelle Arbeit der Freischaffenden ermöglicht.

- b. Die öffentlichen Beiträge müssen der Finanzierung des unabhängigen Journalismus dienen. Das bedeutet, dass die unterstützten Medienunternehmen volle Transparenz über den Einsatz der Mittel sowie über die tatsächliche Eigentümerschaft schaffen müssen; dass die Mitwirkungsrechte der Redaktionen gewährleistet werden müssen; dass die geförderten Medien keine Dividenden abfließen lassen und dass sie sich den medienethischen Grundregeln des Presserats unterstellen müssen.